

Nr. 92.

Montag den 23. April

1866.

# X. Jahrgang.

Gebühr für Insertionen im Anstaltsblatt für die vierspaltige Petitzeile 5 Nkr., im Anzeigenblatt für die erste Einrückung 5 Nkr., für jede weitere 3 Nkr. Stempelgebühr für jede Einschaltung 30 Nkr. — Inserat-Bestellungen und Gelder übernimmt **Carl Budweiser**. — Zusendungen werden franco erbeten.

Annoucen übernehmen die Herren: Haafenstein & Vogler in Frankfurt, Berlin, Baſel, Hamburg und Wien.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschiedenheit vom 12. April d. J. dem Schmelter und Pungenschläger des Kaiserlichen Landbauinspiciant Joseph Glener in Anerkennung seiner vielfährigen und treuen Dienstleistung das silberne Verdienstkreuz mit der Krone allergnädigst zu verleihen geruht.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschiedenheit vom 28. April d. J. allergnädigst zu gestatten geruht, daß dem technischem Oberinspector der Centralsechsechörde Joseph Hermann anlässlich seiner Versetzung in den bleibenden Ruhestand die Allerhöchste Zufriedenheit mit seiner vielfährigen und treuen Dienstleistung bekannt gegeben werde.

Der Minister für Handel und Volkswirtschaft hat den Inspector für Maschinen und Baggerweien Joseph Mauser zum Oberinspector und den Ingenieur erster Classe des k. k. Staatsministeriums August Nüßtern zum Inspector in der technischen Section der Centralbehörde ernannt.

Es wird zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß die für das Jahr 1865 patentmäßig eingelösten Staatsschuldverschreibungen, und zwar:

Von der Conventions-Münze Schuld:  
672.500 fl. in Conventions-Münze, Obligationen vom Jahre 1849  
343.200 fl. in Silber-Münze, Obligationen vom Jahre 1851  
731.200 fl. in Silber-Münze, Obligationen vom 1. Juli 1864

zusammen	1,746.900 fl.;	
	von der österr. Bährungs-Schuld:	
	522.710 fl. in Convertirungs-Obligationen	
	61.340 fl. in Verlosungs-Obligationen	
	15.950 fl. in Pag.-Entschädigungs-Obligationen	
	600.000 fl.	
und	625.000 fl. in Obligationen des Silber-Anlehens	
	vom Jahre 1864	

zusammen 1,225.000 fl.  
unter Invertirung der Commission zur Kontrolle der Staatsschuld  
incontrirt, auf den Creditbüchern gelöscht und mittelst Durch-  
schlagung unbrauchbar gemacht worden sind

Von der k. k. Direction der Staatsschuld.  
Daß die vorbezeichneten Staatsschuldverschreibungen zur Wiederausgabe unbrauchbar gemacht worden sind, wird hiermit bestätigt.  
Commission zur Controle der Staatsschuld.

Commission zur Controle der Staatsschuld.

Krakau, 23. April.

Die österreichische Rückantwort enthält, wie verlautet, den Vorschlag, daß Oesterreich und Preußen gleichzeitig innerhalb acht Tagen alle militärischen Maßregeln, welche gegenseitig als Rüstungen gedeutet wurden, redressiren und sich auf solche Weise wechselseitig die Bürgschaft geben sollen, daß es ihnen mit der Versicherung, den entstandenen Streit mit Ausschluß von militärischen Mitteln schlichten zu wollen, vollster Ernst ist. Dieser österreichische Vorschlag, welcher, wie es heißt, persönlich von Sr. Majestät dem Kaiser ausgegangen, soll sogleich telegraphisch an den österreichischen Gesandten in Berlin Grafen Karolyi, abgesandt worden sein und zugleich den Wunsch enthalten, die Verständigung noch vor Schluß der Woche zu erhalten, um dieselbe in der Bundestagsitzung, die deshalb auf heute verschoben werden würde, mitzutheilen. Am 20. d. (Freitag) sollen die gewünschten Nachrichten aus Berlin eingetroffen sein, und wird versichert, daß mit dem Berliner Cabinet eine Verständigung über die Entwaffnungsfrage erzielt worden sei. Es heißt in Folge dessen, daß in der nächsten Bundestagsitzung eine Rundgebung erfolgen soll, darauf berechnet, dem Bunde Beruhigung wegen der Kriegsgefahr zu gewähren. Oesterreich, so verlautet, werde bei der Abstimmung über den preussischen Antrag auf Bundesreform seiner Abstimmung einen Passus einverleiben, welcher die Beilegung jeder Gefahr eines unmittelbaren Conflictes zu constatiren geeignet ist. Ferner wird versichert, daß dem Wunsche Preußens, seinen Reform-Antrag an einen Ausschuß ad hoc, nicht an den politischen Ausschuß, verweisen zu sehen, entsprochen werden wird, und daß hierüber Oesterreich mit Baiern, Sachsen, Württemberg und Hessen einig sind. Wie ein Frankfurter Telegramm meldet, beischloß in der Bundestagsitzung vom 21. d. M. eine große Majorität die Einsetzung eines Ausschusses ad hoc und sodann auf Antrag Baierns die Mitgliederzahl desselben auf 9. Oesterreich gab sehr friedliche Erklärungen ab. Oesterreich erklärte seine Bereitwilligkeit, auf die Berathung der Bundesreform einzugehen. Der Kaiser habe die Nothwendigkeit derselben durch seine Initiative im Jahre 1863 anerkannt; alle deutschen Fürsten mit Ausnahme Preußens haben sich damals geeinigt. Preußen werde sich hoffentlich der Verpflichtung nicht entziehen, seine Vorschläge eben so bestimmt zu formuliren. Auf die Motive des preussischen Antrages übergehend, erklärt in

Öesterreich, daß Art. 11 der Bundesacte und Art. 19 der Schlußacte allen Bundesgenossen gleichen Schutz gewähren. Der Kaiser wiederholt seine in der Note vom 31. März gegebene Erklärung, daß er den Bundesfrieden nicht stören werde, und erwartet das Gleiche von Preußen, nur wenn die Achtung vor den Bundesgesetzen die oberste Norm für alle Regierungen bleibt, könne das Vertrauen wiederkehren, welches allein einen gedeihlichen Ausgang der Berathungen über die Bundesreform hoffen läßt. Preußen hat sich auf die Motive seines Antrages einfach bezogen; nur Sachsen und Hannover gaben ausführliche Erklärung und zwar das Erste, um die gegen den Bund gerichteten Vorwürfe zu entkräften, und das Zweite hauptsächlich um die Wahrung des Bundesfriedens zu betonen. Die meisten anderen Regierungen stimmten einfach für Verweisung an den Ausschuß.

Das „Mem. dipl.“ erfährt, daß der österreichische Vorschlag wegen gleichzeitiger Wiederherstellung des status quo ante in Paris und London mittheilheit und an beiden Orten vollständig gebilligt worden sei. In einem officiösen Artikel der „Batr. Ztg.“ heißt es: Die Kriegsgefahr sei beseitigt; Oesterreich hat die Rücknahme der Rüstungen in einer Modifikation vorgeschlagen, welche von Preußen angenommen worden sei.

„Times“ behauptet, ohne die Quelle ihrer Angaben zu bezeichnen, Oesterreich habe den Grafen Karolyi von Berlin abberufen und an seine Truppen in Holstein die Ordre zum Rückzug gesendet. „Times“ fügt hinzu, die Kriegsgefahr sei vergrößert, und tadelt das Vorgehen Oesterreichs. — Der „Globe“ schreibt, wie aus einem anderen Tel. zu ersehen, habe die Regierung keine Nachricht, welche diese beunruhigenden Mittheilungen der „Times“ als glaubwürdig erscheinen lassen, erhalten.“

Wie man der „*Boh.*“ aus Wien telegraphirt, melden dort eingetroffene Petersburger Nachrichten, es seien Schreiben des Königs von Preußen an den Kaiser von Rußland und an die Königin von Württemberg eingetroffen, welche friedliche Intentionen des Königs versichern.

Die Berliner „Militärischen Blätter“ sagen: Preußen muß die Herzogthümer haben; nur unter dieser Bedingung könne man das österreichische Bündniß unverändert herzlich begrüßen.

Die „Köln. Ztg.“ betont neuerdings die Nothwendigkeit irgend welcher Concessionen an Oesterreich.

Die „Nord. Allg. Ztg.“ schreibt: Soll der preussische Reformantrag Erfolg haben, so muß zunächst der Termin für die Einberufung des Parlaments festgesetzt werden. Jeder entgegenstehende Antrag ist der Bundesreform feindlich.

Das „Dresdner Journal“ demittirt die Zeitungsnachricht, das Wiener Cabinet hätte ein von Baiern und Sachsen vereinbartes Bundesreformprogramm genehmigt. Dem Wiener Cabinet seien keine Vorlagen Baierns und Sachsens zugegangen. Der „Staatsanzeiger für Württemberg“ schreibt, daß eine Einigung zwischen Württemberg, Baiern und Baden in allem Wesentlichen feststehe.

Die „Bayerische Ztg.“ veröffentlicht folgende offizielle Erklärung: „Wir waren jüngst genöthigt, die Nachrichten über ein bereits erzielttes Einverständniß zwischen Preußen und Baiern in der Bundesreformfrage als grundlos zu bezeichnen. Wir sind nunmehr in einer andern Richtung in die gleiche Nothwendigkeit versetzt. Nach einer mit großer Bestimmtheit auftretenden und in mehrere Blätter übergegangenen Dresdener Notiz der „Frankfurter Postzeitung“ wäre bereits zwischen der königlich bayerischen und der königlich sächsischen Regierung ein Programm bezüglich des preussischen Bundesantrages vereinbart worden, welches in Wien bekannt und gebilligt worden sei. Diese Nachricht ist nicht weniger grundlos als jene frühere. Die bayerische Regierung hat sich nach keiner Seite hin über ihre Ansichten bezüglich der Bundesverfassung vorzunehmenden Aenderungen geäußert, und behält sich ihre Entschlüsse hierüber bis zu demjenigen Zeitpunkte vor, wo sie von dem materiellen Inhalte der preussischen Vorschläge Kenntniß erlangt haben wird.“

Die „N. Fr. Pr.“ bemerkt hierzu: Der von uns gegen Bayern ausgesprochene Verdacht, daß es sich die Hände frei behalten will, um sich als Haupt der von Bismarck insinuirten südwestdeutschen Gruppe möglich zu machen, dieser Verdacht scheint nur allzu begründet. Der preussische Premier hat gut gerechnet; er d. Vordien hat angebissen, will sich nicht engagiren und macht damit wenigstens vorläufig eine Situation der Mittelstaaten unmöglich.

Die Konferenz der Minister der Mittelstaaten te  
n Augsburg findet Sonntag statt. Eingeladen sind: un

Baiern, Sachsen, Württemberg, Hessen-Darmstadt, Baden, Weimar, Gotha und Meiningen. Der Zweck der bevorstehenden Konferenz ist eine Verständigung über den preussischen Antrag, damit es wirklich zu einer Bundesreform komme und ein Conflict, wie der eben beigelegte, vermieden werde.

Freiherr v. Beust hatte vor seiner Abreise zur Ministerconferenz nach Augsburg, in Leipzig eine Conferenz mit dem Herzog von Coburg.

Wie die „Zeidl. Corr.“ schreibt, trägt an der Veröffentlichung der angeblichen österreichischen Depesche im württembergischen Staatsanzeiger wahrscheinlich der Herzog von Coburg Schuld. Die Nachricht, daß der Herzog von Coburg bei der Veröffentlichung der apokryphen österreichischen Depesche im württembergischen Staatsanzeiger seine Hand im Spiele gehabt habe, wird von verschiedenen Seiten einstimmig als eine Tendenzlüge bezeichnet.

Nach Berichten aus London hat nun auch der Unterstaatssecretär Layard in der Unterhausdebatte vom 20. d. erklärt, die im „Staatsanzeiger für Württemberg“ veröffentlichte Analyse einer angeblichen Antwortnote Oesterreichs auf eine englische Note sei gänzlich unwaar.

Der „Constitutionnel“ erinnert in einem von Limayrac unterzeichneten Artikel anlässlich der von den Journalen kundgegebenen Ungebuld bezüglich des Wunsches nach Aufklärungen seitens der französischen Regierung über die deutschen Angelegenheiten, daß Frankreich sich weder direct noch indirect in den Streit gemischt habe. Die Regierung des Kaisers habe keinen rechtlichen Grund sich einzumischen, verhalte sich dem Conflict gegenüber bloß als Zuschauer und verfolge dessen Phasen mit wachsamem Auge und jener Fürsorge, welche sie allen wirklich wichtigen Angelegenheiten der auswärtigen Politik widmet. Die französische Regierung kann kein Urtheil über einen Conflict abgeben, welcher so viele Phasen durchmacht und sich beinahe täglich ändert; sie könnte insbesondere dieses Urtheil nicht öffentlich aussprechen, ohne in dem Streite Partei zu ergreifen. Der „Const.“ zeigt weiter durch den Notenwechsel, durch die Stimmung der Bevölkerung und durch die Haltung der Mittelstaaten, daß die Situation mindestens ebenso viel Friedens- als Kriegschancen zulasse.

Der Berliner „Bant- u. H.-Z.“ wird von Wien geschrieben: Kaiser Napoleon habe die österreichische Regierung über das preussisch-italienische Bündniß beruhigt.

Anlangend die Candidatur des Prinzen Hohe-  
nollern hatte bekanntlich ein gewisser Balaciano,  
im Jahre 1849 Adjutant des General Dem, in Bu-  
arest verbreitet, Kaiser Napoleon habe sich in einer  
Audienz, die er bei seiner jüngsten Anwesenheit bei  
diesem gehabt, für die Candidatur jenes Prinzen er-  
klärt. Der dortige französische Generalconsul stellt  
nun diese Angabe Balaciano's ganz entschieden in  
Abrede. Wahr ist indeß, daß Drouyn de Lhuys sich  
allerdings noch unlängst dahin geäußert, ein fremder  
Prinz sei am geeignetsten als Fürst von Rumänien;  
daß sei auch die Ansicht des Kaisers, doch werde sie  
gleicher von anderen Mächten nicht getheilt.

Nach der „Kreuzztg.“ wurden die Vorbereitungen zur Wahl des Prinzen Carl von Hohenzollern zum Fürsten von Rumänien in Buzarest so geheimnißvoll betrieben, daß in Berlin niemand eine Ahnung davon hatte. Die Wahl wurde, wie das genannte Blatt von zuverlässiger Seite erfährt, vorgenommen, ohne daß auch nur eine Anzeige bei dem Fürsten von Hohenzollern gemacht worden wäre. Eben so wenig hatte eine persönliche Bewerbung des Erbprinzen stattgefunden und von einer Reise desselben zum Zweck einer eigenen Präsentation in Buzarest ist niemals eine Rede gewesen. Da die bevorstehende Ankunft des dritten Sohnes des Fürsten zu Hohenzollern in Constantinopel, welcher eine Reise nach Aegypten im vorigen Jahre unternommen hatte und auf der Rückreise die türkische Hauptstadt besuchen will, die Veranlassung zu allerlei sonderbaren Gerüchten gegeben und mit der stattgehabten Wahl in Verbindung gebracht werden wird, so sei noch zu bemerken, daß der Prinz wahrscheinlich nicht wenig erstaunt sein wird, wenn die Wahl seines Bruders dort zu vernehmen, die ihm jetzt vollständig unbekannt ist.

Nach der „Zeidl. Corr.“ hat Prinz Karl von Hohenzollern die rumänische Krone noch nicht gelehnt.

Der „Debatte“ wird bezüglich der Donaufürstenthümerfrage Folgendes mitgeteilt: Die Porte protestierte in förmlicher Weise gegen die Aufstellung der Kandidatur des Prinzen von Hohenzollern als tractandus. Frankreich, Rußland, Oesterreich und England erkannten diesen Protest als wohlbe-

gründet an. Preußen und Stalien enthielten sich einer Äußerung. Als jedoch das Kaiserincabinet die Wiederaufnahme der Arbeiten der Konferenz urgirte, machten beide Mächte Einwendungen, über welche übrigens hinweggegangen wurde. Somit wird die Konferenz binnen wenigen Tagen wieder zusammentreten.

Nach den im britischen Unterhaus abgegebenen amtlichen Erklärungen ist die Donaufürstenthümer-Conferenz nicht vertagt, sondern dauert dieselbe fort. Ueber den Stand dieser Frage wird der „Gen.-C.“ aus Paris geschrieben: „Der heutige „Constitutionnel“ bezeichnet die neue Wendung, welche die Donaufürstenthümer-Frage genommen. Die Mächte sind übereingekommen, ein provisorisches Hospodarat zu errichten, welches von einem Eingebornen bekleidet und dessen Frist vorläufig auf vier oder fünf Jahre festgesetzt werden soll. Die Candidatur des Prinzen Carl von Hohenzollern gilt für beseitigt. Der preussische Hof bezieht, wie man wissen will, anfangs nicht übel Lust, dem Prinzen die Annahme der rumänischen Krone zu empfehlen, aber von Petersburg wurde hiégegen sogleich in einer Weise Einsprache erhoben, welche Preußen im Falle der Genehmigung jener Candidatur für seine Beziehungen zu dem russischen Cabinet das Schlimmste beforgen ließ. Der junge Prinz hatte sich inzwischen den Rath der Zulierien erbeten, und auch hier glaubte man ihn eher vor der Annahme warnen zu sollen. So entschloß man sich denn in Berlin, vom dem Project, welches dem Grafen Bismarck manche angenehme Perspective zu eröffnen schien, abzustehen und dem Vorschlage eines provisorischen Hospodars beizutreten. Von einer speciellen Candidatur für das letztere ist bis jetzt nichts Zuverlässiges bekannt.“

Wie es scheint, steht Spanien wieder am Vorabend eines Pronunciamento. Schon vor einigen Tagen wurde berichtet, daß einige Chefs' der Progressisten nach Paris gereift sind, um dort mit Prin zu konferiren, der sich ganz unerwartet von London nach Paris begeben hat. Noch auffallender aber ist es, daß der Minister des Innern in der Sitzung der Kammer der Abgeordneten vom 17. d. erklärte, die Regierung kenne die Arbeit der Verschwörer, aber sie fürchte nicht, daß der Friede ernstlich gestört werde. Ähnliche Erklärungen hat die Regierung auch vor dem Ausbruch des letzten Prin'schen Aufstandes abgegeben.

Bezeichnend für die Zustände in Griechenland ist, daß Georg I., weil er die Inseln besuchen will, Frankreich gebeten hat, ihm eine Fregatte zu leihen! In Folge dessen hat der „Gomer“ von 450 Pferdekräften Befehl erhalten, sich selbst fertig zu machen und nach dem Piräus abzugehen.

Wie die „Neujährer Blätter“ aus Belgrad melden, ist den 12. April Mittags Luka Bukalović mit drei Genossen: Nicolaus Serdanović, Prado Gerurović und Georg Bucić über Semlin nach Odessa zurückgekehrt, sein Sohn Bogdan aber über Sebenico in die Herzogowina abgegangen. „Serbobran“ wirft der serbischen Regierung Schwäche vor, daß sie sich nicht getraute, dem Helden Herzogowina's gegen den Willen der Türkei im Fürstenthume eine Bitte zu erwähren.

Oberst Pelly, britischer Resident im persischen Golfe, ist von Maskate in Bombay eingetroffen, um sich mit der ostindischen Regierung zu beraten. Die Angelegenheiten jenes Landes sind noch immer in großer Verwirrung, und da die britische Regierung dem neuen Imam, der einen Abgeordneten nach Bombay geschickt hatte, die Anerkennung verweigerte, so haben alle britischen Unterthanen den genannten Hauptplatz verlassen. — Aus Kabul wird gemeldet: daß das Fort Bala Hissar von Sirdar Mahomed Auzim Khan belagert wurde und daß die Truppen des Generals Schait Mir Khan zu Abdulrahman Khan übergegangen sind, worauf sich ersterer entlebte.

△ **Wien**, 20. April. [Die Adreßdebatte in der Magnatentafel.] Die Adreßdebatte in der Magnatentafel ist in hohem Grade Interesse erweckend gewesen. Doch nicht nur dies, sie ist auch von großer Bedeutung gewesen, die nicht unterschätzt werden darf noch kann, wenn wir den Zweck nicht außer Acht lassen, den das ungarische Oberhaus in dieser Adreßdebatte verfolgte. Die beiden Parteien der Magnatentafel, Baron Wendheim sowohl als Graf Esztrach, mußten anerkennen, daß die Annahme der zweiten Adresse von Seiten des Oberhauses inoppor- tun sei und indem Graf Esztrach seinen Antrag auf Nichtannahme motivirte, geschah dies nur aus Grund der Befürchtung, daß durch die Annahme in den Steuerbefreiungen leicht der Gang der staatsrechtlichen



Verhandlung gestört werden könnte. Von gleichen Befürchtungen war der motivirte Antrag Benlthems durchweht, nur bezogen sich diese nicht auf den Gang der Verhandlungen in den Kreisen der Regierung, sondern auf die leicht mögliche Störung der Arbeiten in der Deputirtenkammer, wenn das Oberhaus der zweiten Adresse nicht beitreten würde. Wie die Regierung, so fasste auch das Oberhaus die Adresse als eine Rechtsverwahrung auf und von diesem Standpunkte aus ist die Magnatentafel als vermittelnder Körper ihrer Mission vollkommen gerecht geworden, indem sie in offener Weise ihre Bedenken aussprach. Wie gesagt, auch die Magnatentafel nahm die Adresse als Rechtsverwahrung an und von diesem Gesichtspunkte betrachtet, hat sich mit der Annahme die Situation in keiner Weise geändert und es kann auch nicht im mindesten davon die Rede sein, durch die erfolgte Annahme der Adresse habe die Regierung eine Niederlage erfahren. Was wir nach dem Verlaufe der Debatten insbesondere würdigen zu müssen glauben, ist, daß durch diese Discussionen der Magnaten in klarer Weise das Princip der starren Anwendung des Parlamentarismus auf die gegenwärtigen Zustände Ungarns bloßgelegt wurde, wodurch zur Klärung der öffentlichen Meinung wesentlich beigetragen worden. Hervorragende Staatsmänner, wie Baron Bela Wendheim, Graf Straty, Graf Anton Szeghen, Graf Anton Majlath, Baron Sennyey, Baron Ladislaus Wendheim haben in dieser Richtung gesprochen, sie haben dargethan, daß die unbedingte Reactivirung des Parlamentarismus in Ungarn unmöglich, daß er Ungarn kein Heil verspricht und durch die geistreiche wie lichtvolle Motivirung ihrer Ansichten haben sie nicht nur Ungarn einen wesentlichen Dienst geleistet, sondern auch zur Genüge bewiesen, daß der Weg, den die Regierung in der staatsrechtlichen Action eingeschlagen, auch der richtige ist. Bei dem Umfange nun, als die praktische Einführung des Ministerialsystems, die Abgränzung seiner Macht-Sphäre, die Nothwendigkeit, diese mit dem berechtigten Wirkungskreise der geleglich vorhandenen politischen Factoren organisch zu verbinden, eine Fülle hochwichtiger Fragen anregt, als die vielfach citirte öffentliche Meinung eines Compasses und eines Leitsternes bedürftig, um sich orientiren und sicher des Weges gehen zu können: bei diesem Umfange glauben wir, war es ein dankenswerthes Beginnen der Magnatentafel, in so ersten Momenten, wie die gegenwärtigen, eine Leuchte aufzurichten, deren Strahlen nicht nur die Vergangenheit erleuchten, sondern auch weithin in die Zukunft dringen und der öffentlichen Meinung Gelegenheit bieten, sich die Größe und den Umfang der Fragen, deren Lösung bevorsteht, nach allen Seiten hin vollends klar zu machen. Neben dem glauben wir als eines der wichtigsten Momente der Adresse, das im Augenblicke von dem entschiedensten Erfolge begleitet war, das Eintreten des Präsidenten des Hauses, des Baron Sennyey, in die Debatte selbst erkennen zu müssen. Zur Charakterisirung der Bedeutung der Sennyey'schen Schlussrede, welche zunächst die Vorstellung der Ablichten der Regierung und die Bannung des Mißtrauens in deren Tendenzen zum Zwecke hatte, glauben wir am treffendsten das Urtheil des „Naplo“, eines der mächtigsten Organe der Deak'schen Partei, citiren zu sollen, das sagt: „Baron Paul Sennyey sprach mit solcher Eloquenz, mit solchem Tact und solcher Klarheit, das die Zuhörerschaft überzeugt war, daß der Präsident auch geistig Präsident des Hauses sei. Die Magnaten und die Zuhörer lauschten mit gespannter Aufmerksamkeit den Worten des Präsidenten, welche durch die eindringliche Kraft der Aufrichtigkeit, mit welcher sie gesprochen wurden, geeignet waren, das Vertrauen zu nähren.“ Indem wir nur noch wiederholen, daß die Annahme der Adresse in ihrem Charakter als Rechtsverwahrung der Einnahme und der Friedensliebe halber und zwar unter Motivirung erfolgte, indem wir darauf hinweisen, daß die Situation sich dadurch nicht geändert von einem Mißtrauensvotum, noch von einer Niederlage der Regierung habe die Rede sein kann, glauben wir der Ueberzeugung leben zu dürfen, daß mit dieser Adresse der Rechtsstreit als abgeschlossen zu betrachten sei und erwarte, daß man nun auf das praktische Gebiet der Discussion übergehen werde, auf welchem die Regierungen billigen Forderungen Rechnung zu tragen nicht säumen wird.

### Landtagsangelegenheiten.

Seit 7. d. Mts. hat die vom galizischen Landtage eingesetzte Centralnethstandscommission folgende Geldbeträge angewiesen; als rückzahlende Unterstützung: für den Bezirk Bisko 10.300 fl., Mielnica und Overtyn 26.000 fl., Boborodezany, Budzanow, Buczacz, Dlesko und Kleezow je 11.000 fl., Mikolajow 6.800 fl., Ustrzyki 12.500 fl., Bobrta und Bircza je 10.500 fl., Borzechow 24.000 fl., Usciezko, Rosow und Radusz je 20.000 fl., Kolomea 31.000 fl., Tysmienica 21.000 fl., Radworna, Kopeczyce und Premysl je 12.000 fl., Rozowa, Husiatyn, Brzezany, Soltwina, Szadowa Wisznia und Horodenska je 10.000 fl., Zablotow 42.000 fl., Grzymakow 4.500 fl., Sniatyn und Zaleszczyki je 18.000 fl., Manasterzyska 27.500 fl., Gwozdziec 23.000 fl., Stanislaw 13.300 fl., Podhajce 30.000 fl., Uhnów 750 fl., Woinikow und Dolina je 6.000 fl., Radymno 11.300 fl., Bursztyn, Zazlowiec und Kuty je 15.000 fl., Gliniany 8.000 fl., Gortkow 9.000 fl., Peczenizyn 19.000 fl., Halicz 14.000 fl., Znamacz 13.000 fl., Jaroslaw 6.500 fl., Chodorow und Delatyn je 500 fl., Mosczista und Bolechow je 5000 fl., Lutowska 3000 fl., zusammen 730.000 fl. Als nicht rückzahlbare Unterstützung: für die Bezirke Mielnica, Buczacz, Budzanow, Stanislaw, Rosow, Zaleszczyki,

Kozowa, Peczenizyn, Znamacz, Zurawno und Lutowska je 1000 fl., für Ustrzyki, Wisniowczyk, Dlesko, Zalesce und Halicz je 300 fl., Brzezany 800 fl., Radusz, Grzymakow, Husiatyn, Kopeczyce, Bircza, Podhajce, Dolina, Gliniany, Bobrta, Szadowa Wisznia, Sniatyn, Bursztyn, Boborodezany, Kleezow, Zazlowiec und Trembowla je 500 fl., Usciezko 1200 fl., Tysmienica, Radworna, Zablotow, Manasterzyska, Gwozdziec, Kolomea und Jaroslaw je 1500 fl., Kuty 3500 fl., Overtyn 2100 fl., Rohatyn 700 fl., Mosczista, Bisko und Bolechow je 200 fl., Mikolajow 100 fl.; zusammen 40.000 fl. Mit der obgenannten Unterstützung von 730.850 fl. beträgt die Summe 770.850 fl. Fügt man zu dieser Zahl die vor dem 7. v. angewiesenen Gelder im Betrage von 315.700 fl. hinzu, so beträgt die Gesamtsumme bisher angewiesener Gelder 1.086.550 fl. d. W.

Wie der „Pester Lloyd“ von einflussreichen Mitgliedern der croatischen Deputation vernimmt, kann man sich nach dem Geiste, von welchem die bisherigen Vorbesprechungen derselben erfüllt waren, bezüglich des Erfolges den besten Hoffnungen hingeben. Wie „Mag. Bil.“ erfährt, ist Deak wieder wohl auf; sein Fieber war nur die Folge einer kleinen Verkühlung. Der Stadtrath von Eger hat einstimmig beschlossen, Se. Majestät dem Kaiser Namens der Stadtgemeinde eine Rechtsverwahrung, gegen die vom böhmischen Landtage beschlossene Landtagswahlordnung zu unterbreiten.

Telegraphische Landtagsberichte. Pest, 21. April. „Magyar Vilag“ theilt mit, daß Graf Anton Majlath in der croatisch-ungarischen Deputation, welche heute die erste förmliche Sitzung hält, allein das Präsidium führen werde. Das Protocoll wird gleichmäßig in ungarischer und croatischer Sprache geführt werden. Die Deputation wird den Gang der Beratungen wahrscheinlich geheim halten und nur wirkliche Vereinbarungen den Zeitungen mittheilen. Agram, 21. April. Das Präsidium des croatischen Landtages reproducirt in der heutigen „Agramer Ztg.“ den Landtagsbeschluss vom 12. März d. J. in Betreff der Wiederaufnahme der Landtagsessionen und bringt zur Kenntniß, daß die Wiederaufnahme der Landtagsberatungen nicht am 1. Mai d. M. stattfinden werde, sondern einem späteren Zeitpunkt vorbehalten bleiben müsse, welchen das Präsidium des Landtages nachträglich publiciren wird.

### Oesterreichische Monarchie.

Wien, 21. April.

Se. Majestät der Kaiser, Ihre k. Hoheiten die Herren Erzherzoge Rainer und Wilhelm, sowie der russische Gesandte Baron Stadelberg haben im Laufe des gestrigen Vormittags Sr. k. Hoheit dem Prinzen Peter von Oldenburg im Hotel „Victoria“ einen längeren Besuch abgestattet.

Ein höherer Officier wird von hier nach Petersburg abreisen, um dem Kaiser von Rußland ein eigenhändiges Gratulationschreiben Sr. Majestät des Kaisers zu überreichen.

Prinz Wilhelm von Schaumburg-Lippe ist gestern früh aus Böhmen, Prinz Heinrich Neufeld aus Ernstbrunn hier angekommen.

Prinz Peter von Oldenburg ist gestern Abends sammt Gefolge mit dem Oederberger Zuge nach St. Petersburg weitergereist.

In dem Befinden des Grafen Mensdorff ist bereits vollständige Besserung eingetreten, so daß Se. Excellenz wieder wie gewöhnlich sein Amt befehlen konnte. Mittags empfing Graf Mensdorff den preussischen Gesandten Baron Werther und den sächsischen Gesandten Baron Koenig. Se. Excellenz traf, wie erwähnt, vorgestern, als er aus dem Wagen stieg, der Unfall, mit dem Fuße, der im italienischen Feldzuge verwundet worden war, anzustoßen, so daß die Wunde wieder aufbrach.

Der Herr Handelsminister Freiherr v. Wüllerstorff hat, wie der „Trierer Ztg.“ von Wien geschrieben wird, in einer der letzten Sitzungen der Commission auf die Aeußerung einiger Industriellen, ein Krieg gegen Preußen wäre ein sympathischer Krieg, erklärt, er für seine Person könne keinen sympathischen Krieg und könne die Versicherung geben, daß das ganze Ministerium in seinen Bemühungen denselben zu vermeiden, vollkommen einig sei.

Aus Brünn, 21. d., wird tel. gemeldet: Bei den heutigen Gemeindevahlen hat die Unionspartei gegen die Separatisten und Czeden glänzend gesiegt. Dr. van der Straß ist gegen Dr. Przagal mit großer Majorität gewählt worden.

In der Sitzung der Prager Handelskammer vom 20. d. wurde der Entwurf einer neuen Concursordnung mit den Modificationen des Reichsrathes angenommen. Dohauer beantragt eine Eingabe an das Handelsministerium, betreffend die Wahrung der Rechte des Handelsstandes zur Vertretung im Landtage, zu richten. Wird angenommen. Zwei Czeden stimmen dagegen. Dohauer motivirte seinen Antrag scharf. Präsident ermahnte ihn, sich gelinderer Ausdrücke zu bedienen. Schließlich wurde ein Comité von acht Mitgliedern gewählt.

Aus Schützenhofen wird den „Nar. Listy“ gemeldet: In Folge der Greffe wurden im Ganzen 17 Personen verhaftet und nach Pisek ans Kreisgericht abgeliefert, bei dem die Schlussverhandlung bald stattfinden wird. Unter den Verhafteten befinden sich der Geometer P., welcher als Hauptführer des Greffes bezeichnet wird, die sogenannte „Amazonen Kosa“, aber auch ein reicher Grundbesitzer aus der Umgegend. Der Tischlergehilfe, welcher eine Schugwunde am Knie erhielt, ist gestorben. Der Actuar Hermann, welcher bei dem Greffe sich sehr entschlossen und energisch benahm, erhielt vom Ministerium

ein Belohnungsschreiben. Die Disciplinaruntersuchung, welche gegen den Bezirksvorsteher Rastir eingeleitet wurde, ist noch nicht zu Ende geführt.

Der am 11. März d. J. in Laibach gewählte Local-Ausschuß des Beamtenvereins hat den Herrn Statthalterei-Rath Johann Ritter v. Bosizic zum Obmann und den Herrn Oberlandesgerichts-Rath Emanuel Matuschek zum Obmannstellvertreter gewählt.

Laut einer dem hiesigen erschienenen Staatshandbuche beigefügten Ankündigung wurden von der Lebensversicherungsabtheilung des allgemeinen Beamtenvereins in der Zeit vom 1. October 1865 bis Ende März 1866 1571 Versicherungen über ein versichertes Capital von 1.263.779 fl. abgeschlossen. Die entfallenden Jahresprämien betragen 46.226 fl. 21 kr.

### Deutschland.

Die preussische Regierung wird, wie man aus Berlin meldet, am Bunde die Reform des deutschen Consularwesens unter Preußens Führung beantragen. Die Angelegenheit wird für gleich wichtig wie die Flottenfrage erachtet, doch soll den einzelnen Regierungen das Recht, Consuln zu ernennen, vorbehalten werden.

Der „West-Zeitung“ schreibt man aus Berlin: Der Zustand des Herrn von Bismarck hat sich neuerdings wieder verschlimmert. Die mit der höchst schmerzhaften Venenentzündung am Fuße verbundene nervöse Abspannung zwingt denselben, sich so viel als möglich jeder Thätigkeit zu enthalten.

Wie verlautet, werden mehrere preussische Handelskammern, namentlich auch die Breslauer, dem Vorgange der Aeltesten der Berliner Kaufmannschaft folgen und gleichfalls eine Adresse für Erhaltung des Friedens an den König richten. Die „Prov.-Corr.“ ertheilt den Corporationen, welche eine Manifestation zu Gunsten der Aufrechthaltung des Friedens veranstaltet haben, eine Rüge dafür und meint, sie hätten lieber dem Ausland zeigen sollen, daß sie im Kriegsfalle wie ein Mann für Preußens Sache stehen würden.

Die Kosten des preussischen Polenprocesses (vom Jahre 1864) sind festgestellt und auf die 27 Verurtheilten repartirt. Sie zerfallen in General- und Specialkosten und betragen nahe an 15.000 Thaler. Erstere, welche 9436 Thaler 8 Sgr. 5 Pf. betragen, werden solidarisch aufgebracht und fallen nur 21 Verurtheilten zur Last, da 6 Verurtheilte, nämlich Rustefko, Korawski, Geistlicher Ry-marlewicz, Kenderzyski, Carlier und Martwell, kein Vermögen besitzen und daher zahlungsunfähig sind. Jeder der 21 zahlungsfähigen Verurtheilten hat an Generalkosten 449 Thl. 10 Sgr. 5 Pf. zu zahlen. In Betreff der Specialkosten ist die Solidarität ausgeschlossen. Außerdem hat jeder die Kosten zu tragen, welche die gerichtliche Sequestation seines Vermögens verursacht hat.

### Frankreich.

Paris, 20. April. Das hier verbreitete Gerücht über eine neue österreichische Anleihe ist vollständig unwahr. Der richtige Sachverhalt ist, daß ein Consortium von französischen Banquiers der österreichischen Regierung einen ziemlich beträchtlichen Blanco-Credit angeboten habe. Oesterreich wird je nach Bedürfnis von diesem Anerbieten Gebrauch machen. (Die Quelle dieser Nachricht wird von dem Correspondenzbureau nicht näher bezeichnet. Die Red.)

Für den Kaiser von Mexico ist in Paris eine große Bibliothek angekauft worden, deren Preis sich nebst den Einbänden auf nahezu 100.000 Franc. stellen soll und die, in große Kisten verpackt, demnächst über St. Nazaire abgehen soll.

### Schweiz.

Die Insolvenz-Erklärung des Dichters Georg Herwegh kann, wie man der „R. Z.“ schreibt, schon in den nächsten Tagen wieder zurückgenommen werden. Herwegh hatte die Hälfte der erforderlichen Summe durch den Verkauf alter und neuer Arbeiten bereits selbst herbeigeschafft; seine Frau aber ist in Folge eines Testaments nicht Herrin ihres Vermögens. Die Vereinigung der Angelegenheit ist einem geschickten Advocaten anvertraut; Herwegh befindet sich schon seit einem Monate in Deutschland, die Familie ist in Zürich geblieben.

Dem Könige von Baiern beabsichtigt man im Canton Uri das Bürgerrecht zu schenken. Der Canton Uri zählt etwas über 4000 stimmfähige Bürger, welche jedes zweite Jahr am ersten Sonntage im Mai sich Obrigkeit und Gehege bestellen können. Zu diesem Zwecke versammeln sie sich sämtlich auf einem jeit uralter Zeit bestimmten Platze zur sogenannten Landesgemeinde. Wenn nun sieben „ehrbare“ Männer von sieben verschiedenen „Geschlechtern“ (Familiennamen) einen Antrag an die „Landesgemeinde“ bringen wollen, so muß dieser in Behandlung genommen werden. Es ist nun wirklich ein solches „Siebengeschlechts-Begehren“ eingereicht worden und beantragt: „daß die hohe Landesgemeinde Sr. Majestät dem regierenden König Ludwig II. von Baiern, in Anerkennung seiner wahrhaft edlen Gesinnung gegen die Ur Schweiz und seiner thätiglichen Beweisen besonderer Verehrung unseres Freiheitsgründers Wilhelm Tell, das Ehren-, Land- und Bürgerrecht von Uri ertheile.“

### Italien.

Ueber das Carnevalse-essen, welches in Rom einige junge Adelige veranstaltet und bei welchem dieselben einen Toast auf Victor Emanuel ausbrachten haben, sind übertriebene Nachrichten in Umlauf gesetzt worden. Von der Absicht, eine politische Demonstration auszuführen, schreibt man der „N. P. Z.“ aus Florenz, konnte wohl Niemand weiter entfernt sein, als sämtliche Theilnehmer dieses Mahls, da, so viel wir wissen, kaum ein einziger dieser jungen Gelehrten einen bestimmten politischen Charakter hat. Die Herren waren unter sich und glaubten nicht, daß ihre Toaste in die Deffentlichkeit dringen würden. Die italienische Presse hat sich aber mit Freuden dieses Vorfalls bemächtigt, um durch alle ihre Organe die tirge Ansicht verbreiten zu lassen, daß die jungen römische Aristokratie insgesammt der liberalen aufgestellt, und jeder Vorübergehende, gleichviel ob

Partei angehöre. Was den Papst anbelangt, so hat derselbe diese Angelegenheit keineswegs so unwillig aufgenommen, wie die Zeitungen behaupten. Er soll die Sache mit dem Wortspiele abgemacht haben: questo è affare non di Papa, ma — di Papà, und hat nur verlangt, daß die jungen Herren während der nächsten zwei Monate Rom nicht verlassen, oder, falls der Eine oder der Andere von dort sich entfernen wolle, dieser nicht vor zwei Monaten nach Rom zurückkehre. Eine Verbannung von Rom hat nur den jungen Carpegna getroffen.

### Rußland.

Wie die „Carlsruher Ztg.“ in Bezug auf das Attentat gegen den Kaiser von Rußland meldet, befand sich auch die Prinzessin Wilhelm von Baden in Gesellschaft des Kaisers, als die verbrecherische That verübt wurde. Ueber den Mörder, heißt es in einem Petersburger Schreiben der „Wiener Abendpost“, ist noch nichts sicheres ermittelt. Er soll sich für einen Bauer ausgeben, jedoch an einem Gymnasium studirt haben, französisch sprechen und ausgezeichnet schreiben. Unter seinem Pseudonym trug er zwar, wie man sagt, einen Baumwollentittel, aber unter demselben seine Leibwäsche. In seiner Tasche will man Schwefelsäure und ein weißes Pulver gefunden haben (dies wäre ein Beweis, daß er sich bezüglich der unvermeidlichen Folgen seiner That keine Illusionen machte), ferner ein gesticktes Paket mit der Aufschrift: „Am 5. April zu öffnen — wenn möglich.“ Bis jetzt weigert er sich entschieden, seinen Namen zu nennen. Komisarow's erst acht Monate altes Töchterchen ist sofort als Levin des Kaisers im Nikolaus-Erziehungsinstitut eingeschrieben worden.

Für den Kaiser Alexander, so wie seinen Lebensretter, Komisarow, sind großartige Ovationen in St. Petersburg und im ganzen Lande an der Tagesordnung. In vielen Theatern mußte die Volkshymne 16 Mal wiederholt werden. Im Michailower Theater haben Mitglieder der russischen Oper im Verein mit den französischen Künstlern die Volkshymne intonirt, darauf sang ein Mitglied der französischen Oper ein von Frau Wolny's verfaßtes Lied. An der Stelle, wo das Attentat stattgefunden, soll eine Capelle gebaut werden; die Professoren der Petersburger Universität haben beschlossen, zum Andenken an diesen Tag im Kostromer Gouvernement, am Geburtsorte Komisarow's eine Dorfschule zu errichten. Es ist beabsichtigt, dem Komisarow in Petersburg ein Haus zu kaufen, wozu das Gardecorps bereits Sammlungen veranstaltet hat.

Ueber den Attentäter vernimmt die „Nordd. P.“, daß er sich Alexei Petrow nennt, Sohn eines Bauers aus den süßlichen Gouvernements sein. „U. 24 Jahre alt und orthodoxen Glaubens ist. auf einem Gymnasium in der Heimat gebürtig seit fünf Jahren in Rußland umhergereist und befindet sich seit einem Jahre in Petersburg, wo er seine eigene Wohnung hatte und sich hauptsächlich mit Tagelohnarbeiten in den Werkstätten beschäftigte. Die Angaben sind aber möglicherweise alle falsch, es scheint vielmehr, als ob der Verbrecher seinen wahren Namen verschweige.

Zum Zeichen der allgemeinen Freude über die wunderbare Errettung des Kaisers haben die Einwohner von Warschau am 18. d. ihre Häuser festlich beleuchtet.

Der Kaiser Alexander II. hat unterm 27. v. (v. s.) dem Kiewer Metropolitens Arseniusz und dem Petersburger Metropolitens Isidor den St. Andreas-Orden; dem Erzbischof Basilus, Mitglied der heiligen Synode, den St. Wladimir-Orden erster Classe; dem Erzbischof von Gernigow Filaret den St. Alexander-Newski-Orden; dem Astrachaner Erzbischof Athanasius und den Bischöfen Alexius in Tauris, Anton in Smoleisk, Platon in Kostrom und Anton in Penzen den St. Wladimir-Orden zweiter Classe; den Bischöfen Platon in Glaty-nostaw, Schann in Putkawa, Nicodemus in Semisei und Ioanicius in Saratow den St. Annenorden erster Classe verliehen und dem lithauischen Metropolitens Joseph einen mit Edelsteinen geschmückten Bischofsstab geschenkt.

Der „Russ. Zuv.“ publicirt ein Urtheil des Kiewer Kriegsgerichtes, wornach folgende Personen wegen Theilnahme am letzten polnischen Aufstande verurtheilt wurden: Ladislaus Kordolinski, Edelmann, gewesener Gutsverwalter des Grafen Plater, nach Verlust aller Standesrechte zur Ansiedlung in Sibirien und Einziehung des Vermögens; Ignaz Wolaki, preussischer Unterthan, Genosse des ersten; Joseph Kleszczyski, Johann Pogorzelski und Severin Strazbyski wurde die Unterthänigkeit als Strafe angedröht, mit dem Bemerkten, daß die zwei ersten ins Ausland geschickt werden; Joseph Kosacki, nach Verlust aller persönlichen Rechte und Privilegien des Adels, wurde Sibirien als Aufenthalt angewiesen; Erasmus Kosacki und Anton Kraszczyski wurde der Aufenthalt ersterem im Kostromer Gouv., letzterem im Kasaner Gouv. angewiesen; die Confiscation ihres Vermögens wird aufgehoben.

Wie die „Petersb. Wladom.“ berichten, hat der Landmann Sitnow von dem ihm gebührenden Lohn im Betrag von 1.800. S.-R. 1000 S.-R. für Volksschulen im Kozgauer Bezirke gespendet und selbst eine bescheidene Stube bei seinem Verwandten — einem Schuster, bezogen.

### Donaufürstenthümer.

Man schreibt aus Budapest vom 14. April: Hier gewinnt das demokratische Element und dessen Führer Bratiano und Rosetti so an Oberwasser, daß die provisorische Regierung ihm nicht mehr widerstehen kann und der Ausbruch einer Revolution täglich zu befürchten steht. Das suffrage universel wegen der Prinzen Hohenzollern wurde auf dem Campu libertatalui in höchst origineller Weise vorgenommen. Es war nämlich dort Municipalgarde und Militär



**Kopenhagen**, 20. April. In der heutigen Sitzung des Reichsraths wurde ein Auszug aus dem Protocolle der internationalen Commission mitgetheilt. Diesem zufolge zahlen die Herzogthümer eine Abzinsungssumme von 4.800.000 Thalern, wovon 1.060.000 Thlr. als Cassenbehalte abgezogen kommen. Der Rest im Betrage von 3.740.000 Thlr. ist vom 1. April 1865 angefangen unter 4 pCt. Verzinsung in 6 jedoch ungleichen Terminen abzahlbar. Der erste Termin fällt auf den 1. Juni 1866, wobei 1½ Millionen abzahlbar sind. Vom 1. April 1867 bis 1. April 1869 kommt ½ Million abzutragen. Die jährliche Rentezahlung für das Königreich beträgt 1.474.968

**London**, 20. April (Nachts). In der Sitzung des Unterhauses erwideret Layard auf eine Interpellation Sanborns: Die Pariser Donauprinzenhünerconferenz dauere fort; über die Verathungen könne er nichts mittheilen. Griffith fragt, ob England der Wahl des Prinzen von Hohenzollern opponiren werde. Layard, eine bestimmte Antwort vermeidend, erwidert: Der Pariser Tractat fordere die Erwählung eines Eingebornen; England könnte nur gemeinsam mit den Mitgaranten entscheiden. Die Reformdebatte dauere fort.

**Newyork**, 12. April. Der Senat hat die Anleihebill angenommen. Das Repräsentantenhaus hat die Bürgerrechtsbill gegen das Veto des Präsidenten angenommen. Es geht das Gerücht, daß die Proclamation einer allgemeinen Amnestie befristet werde.

stehe. Eine große Menge Fenier haben sich an der

Gränze von New-Brunswick zusammengerottet und bedrohen Campobello und St. Stephens.

Telegraphischer Landtagsbericht.

Leipzig, 22. April. In der gestrigen Landtagssitzung wurde die Specialdebatte über die administrative Landeseintheilung fortgesetzt und beendet.

Aus Leinberg, 21. d. Nachm. wird dem „Gas“ telegr. gemeldet: In der Angelegenheit der administrativen Eintheilung genehmigte der Landtag die Einsetzung eines Bezirksamtes in Rossow, anstatt, wie es im Commissionsentwurf war, in Kutzy (Kolomeaer Kr.); in Nisko anstatt in Ulanow (Rzeszower Kr.); in Bierza anstatt in Ustzyki dolne (Sandofer Kr.); in Siedzowice anstatt in Grybow (Sandecker Kr.); in Jordanow anstatt in Myslenice, (Krafauer, früher Wadowicer Kr.); in Halicz anstatt in Bohorodczany (Stanislawer Kr.).

Peft, 21. April. Das Repräsentantenhaus hielt heute im Museumsaale Sitzung. Daß war anwesend. Nach Verlesung des Protocolls wird Baron Radtsl. Majthenyi eingeführt, welcher den die Annahme der Adresse betreffenden Protocollauszug der letzten Sitzung der Magnatentafel überbringt. Der Auszug wird verlesen und mit Eifen angenommen. — Nach dem Monatsbericht der Hausbudgetcommission kommt der Bericht der 12er-Commission an die Reihe. Derselbe wird nebst zwei Zusatzanträgen verlesen, von

welchen einer eine besondere Verfügung des Hauses über die Theil-Regulirung verlangt. Deak weist nach, daß dieser Gegenstand theils der volkswirtschaftlichen, theils der Codificationscommission zusteht, also keine besondere Verfügung erheischt. — Der zweite, von Vertretern der Nationalitäten unterzeichnete Antrag verlangt, daß die betreffende Commission aus einer der Wichtigkeit des Gegenstandes entsprechenden Mitgliederzahl bestehe. Deak legt mit lebhafter Betonung auseinander, daß es sich bei der Nationalitätenfrage nicht um Unterhandlung des Hauses mit den Nationalitäten als Parteien handle. Das Haus verrete das Land, nicht Nationalitäten. Es handle sich um die Lösung der Frage im Interesse des Ganzen. Die Zahl der Mitglieder vorschreiben, das Vertrauen binden, wäre eine Verletzung der Freiheit der Nationalitäten.

ware nicht zweckmäßig. Der Zusatzantrag der Nationalitätenvertreter wurde nach längerer Debatte verworfen.

Eintrag folgt die Abstimmung zur Wahl der Commissionen für die siebenbürgische Frage, für die Revision der Hausordnung und für die Nationalitätenfrage. Nach Publicirung des Resultats werden Voten aufgelegt, in welche die Mitglieder des Hauses ihre Namen eintragen werden mit Bezeichnung derjenigen von den übrigen fünf Commissionen, für welche gewählt zu werden wünschen. — Montag finden Verificationen statt. — Die ungarisch-croatische Deputation hält heute Abends um 6 Uhr Sitzung. — Die 67er-Commission wird wahrscheinlich nächsten Mittwoch ihre erste Gesamtsitzung halten.

---

**Verantwortlicher Redacteur: Dr. A. Doege.**

---

Verzeichniß der Angekommenen und Abgereisten  
vom 21. auf den 22. April.  
Angekommen sind die Herren Entseßiger: Heinrich Tarnau aus Dobojczy, Eduard Homolay aus Onojni, Graf Franz Myselski aus Gherzelow, Graf Felix Koziebrodzki aus Galizien.

---

**Abgang und Ankunft der Eisenbahnzüge**  
vom 10. September 1865 angefangen bis auf Weiteres

**Abgang**  
von **Krafsau** nach Wien 7 1/2 Uhr. Früh, 3 1/2 Uhr. 30 Min. Nachm.; — nach Breslau, nach Ofrau und über Oderberg nach Preußen und nach Warschau 8 Uhr Vormittags; — nach Lemberg 10 Uhr 30 Min. Vorm., 8 Uhr 30 Minuten Abends; — nach Bielitzfa 11 Uhr Vormittags.  
von **Wien** nach Krafsau 7 Uhr 15 Min. Früh, 8 Uhr 30 Minuten Abends.  
von **Ofrau** nach Krafsau 11 Uhr Vormittags.  
von **Lemberg** nach Krafsau 5 Uhr 20 Min. Abends und 5 Uhr 10 Min. Morgens.

**Ankunft**  
in **Krafsau** von Wien 9 Uhr 45 Min. Früh, 7 Uhr 45 Min. Abends; — von Breslau 9 Uhr 45 Min. Früh, 5 Uhr 24 Min. Abends; — von Warschau 9 Uhr 45 Min. Früh; — von Ofrau über Oderberg aus Preußen 5 Uhr 27 Minuten Abends; — von Lemberg 6 Uhr 11 Min. Früh, 2 Uhr 51 Min. Nachm.; — von Bielitzfa 6 Uhr 15 Min. Abends.  
in **Lemberg** von Krafsau 8 Uhr 32 Min. Früh, 9 Uhr 40 Minuten Abends.



**Kundmachung.** (419. 1)

Das f. f. Landes- als Preisgericht in Prag hat mittelst Erkenntnisses vom 21. März l. J. gemäß § 16 p. 3. erkannt, daß die Druckchrift: „A. Rogard's Geschichte einer Brochure. Vom Verfasser des Labienus. Einzige vom Verfasser autorisirte deutsche Uebersetzung. Prag, Verlag von A. G. Steinhauser 1866“ das in den §§ 488, 491, 493 und 494 a. St. G. bezeichnete Vergehen gegen die Sicherheit der Ehre durch Beleidigung Sr. Majestät des Kaisers der Franzosen begangen und das Verbot der weiteren Verbreitung derselben, gemäß § 36 p. 3. ausgesprochen.

**Kundmachung.** (422. 1-3)

Mit dem 13. Jänner 1866 ist in Łazek-Zaklikowski in russisch Polen ein lat. russisches Gränzamt wieder ins Leben getreten.

Vom obigen Tage angefangen ist der Gränzübertritt bei Łazek-Zaklikowski bloß jenen Reisenden gestattet, deren Pässe nur auf kurze Dauer Gültigkeit haben, während die Reisenden mit Pässen von 1 Jahr Gültigkeitsdauer über diesen Gränzpunkt aus Oesterreich nach Polen nicht eingelassen werden können.

Was hienüt zur allgemeinen Kenntniß gebracht wird.

Von der f. f. Statthalterei-Commission.  
Kraau, den 13. April 1866.

**Kundmachung.** (418. 1-3)

Unter Bezug auf die hierortige Kundmachung vom 25. März l. J. 3. 4940 wird zur allgemeinen Kenntniß gebracht, daß die neue Rauchtabakfabrik „feinsten türkischer Rauchtabak“ in Blechbüchsen (Casseten) verpackt, auch von dem Tabakverschleißmagazine in Bochnia verschlossen wird.

Von der f. f. Finanz-Landes-Direction.  
Kraau, am 11. April 1866.

**Edict.** (416. 1-3)

Vom f. f. Kreisgerichte zu Teschen als Handelsgericht wird bekannt gemacht, daß Joseph Jonkisch, protocollirter Kaufmann in Teschen, seine Zahlungen eingestellt habe, und daß über sein Ansuchen de praes. 17. April 1866, 3. 3760/h. die Einleitung des Vergleichsverfahrens über das gesammte bewegliche und das in denjenigen Ländern, für welche das Gesetz vom 17. Dezember 1862 3. 97 R. G. B. Wirksamkeit hat, befindliche unbewegliche Vermögen desselben bewilligt und zur Leitung des Vergleichsverfahrens der f. f. Notar Herr Ernst Farnik in Teschen betraut wurde.

Hievon werden sämtliche Gläubiger mit dem Beifuge verständigt, daß der Zeitpunkt zur Anmeldung der Forderungen und die Vorladung zur Ausgleichsverhandlung selbst insbesondere werde kundgemacht werden, daß es denselben jedoch freistehe, ihre Forderungen mit der Rechtswirkung des § 15 der Verordnung vom 17. Dezember 1862 3. 97 förgleich anzumelden.

Teschen, am 17. April 1866.

**Edict.** (414. 3)

C. k. Sad miejski deleg. w Nowym Sączu podaje niniejszym do powszechnej wiadomości, że w sprawie Benjamin Weissa jako prawosławny Mendla Sperlinga przeciw Łukasowi Szczerkowi o zapłacenie sumy 269 złr. m. k. czyli 282 złr. w. a. wraz z procentem 4% od dnia 19 listopada 1854 policzyć się mającym, tudzież w celu zaspokojenia kosztów prawnych 3 złr. 81 1/2 kr. w. a. i kosztów egzekucyjnych 5 złr. 1/2 kr., 6 złr. 19 1/2 kr., 7 złr. 33 kr., 7 złr. 75 kr., 12 złr. 56 kr. i 15 złr. 44 kr. w. a., naostatek kosztów w kwocie 24 złr. 3 kr. w. a. przyznanych, na egzekucyjną sprzedaż realności rustykalnej pod nr. 32 w Piątkowej położonej, własność Łukasza Szczerki stanowiącej, dotąd do ksiąg tabularnych niewyciągniętej zezwolono, która to sprzedaż w dniach 17 maja 1866, 8 czerwca 1866 i 28 czerwca 1866, każdy raz o godzinie 10 przed południem w Sądzie tutejszym pod następującymi warunkami przedsięwzięta będzie:

1. Za cenę wywołania stanowi się wartość szacunkowa 2365 złr. w. a.
2. W pierwszych dwóch terminach ta realność tylko wyżej ceny szacunkowej lub najmniej za takową, na trzecim zaś także niżej ceny szacunkowej za jakabądź cenę będzie sprzedana.
3. Każdy chęć kupienia mający winien jest 1/10 część ceny wywołania t. j. 236 złr. 50 kr. w. a. w gotówce do rąk komisji licytacyjnej jako wadium złożyć, które to wadium najwięcej ofiarującemu w cenę kupna wrachowane będzie, innym zaś licytującym po skończonej licytacji zwrócone zostanie.
4. Najwięcej ofiarujący obowiązany będzie całkowitą ofiarowaną cenę kupna w przeciągu 30 dni od dnia doręczenia temuż uchwały akt licytacji potwierdzającej do depozytu sądowego złożyć.
5. Po złożeniu całkowitej ceny kupna kupicielowi wydanym będzie dekret własności do sprzedanej realności i tak jemu we fizyczne posiadanie oddana zostanie.
6. Gdyby najwięcej ofiarujący jednego z powyższych warunków nie dopełnił, natenczas ta realność przez relucyacyę na koszt i niebezpieczeństwo kupującego w jednym terminie także niżej ceny szacunkowej sprzedana będzie, a złożone wadium przepada na korzyść wierzycieli i pierwotnego właściciela.
7. Od dnia objęcia realności we fizyczne posiadanie, najwięcej ofiarujący wszelkie podatki z własnego opłacać i należytosć za przeniesienie własności sam ponosić ma.
8. Opisanie realności i akt szacunkowy w registraturze c. k. Sądzie miejsko deleg. w Nowym Sączu do wolnego przeglądu się zachowuje.

Nowy Sącz, dnia 21 marca 1866.

**Edykt.** (407. 3)

C. k. Sad krajowy Krakowski zawiadamia niniejszym edyktem p. Adolla Gruszczyńskiego, że przeciw niemu Towarzystwo wzajemnych ubezpieczeń od ognia w Krakowie wniosło pozew o zapłacenie sumy wekslowej w kwocie 85 złr. 13 kr. w. a. z przyn., wskutek czego nakaz płatniczy pod dniem 3 Lutego 1866 do l. 2095 wydany został.

Gdy miejsce pobytu pozwanego nie jest wiadome, przeto c. k. Sad krajowy w celu zastępowania pozwanego jak równie na koszt i niebezpieczeństwo jego tutejszego adwokata p. Dra. Geisslera kuratorem nieobecnego ustanowił, z którym spór wytoczony według ustawy postępowania sądowego w Galicyi obowiązującego przeprowadzonym będzie.

Zaleca się zatem niniejszym edyktem pozwanemu, aby albo sam stanął, lub też potrzebne dokumenta ustanowionemu dla niego zastępcy udzielił, lub wreszcie innego obrońcę sobie wybrać i o tem c. k. Sądowi krajowemu donieść, w ogóle zaś aby wszelkich możebnych do obrony środków prawnych użył, w razie bowiem przeciwnym wynikłe z zaniedbania skutki sam sobie przypisaćby musiał.

Kraków, 26 marca 1866.

**Edykt.** (408. 3)

C. k. Sad delegowany miejski Krakowski zawiadamia niniejszym edyktem pp. Franciszka Raaba, Józefa z Raabów Kubkowę, Rozalię z Raabów Cynkowę i Władysława Raaba, że przeciw nim gmina miasta Krakowa o zapłacenie kwoty 59 złr. 37 kr. w. a. pod dniem 19 października 1865 l. 15115 wniosła pozew, w załatwieniu tegoż pozwu wyznacza termin powtórny do rozprawy na dzień 4 czerwca 1866 o godz. 9 zrana.

Gdy miejsce pobytu pozwanych jest niewiadome, przeto c. k. Sad del. miejski w celu zastępowania pozwanych, jak równie na koszt i niebezpieczeństwo ich tutejszego adwokata p. Dra. Samelona kuratorem nieobecnym ustanowił, z którym spór wytoczony według ustawy postępowania sądowego w Galicyi obowiązującego przeprowadzonym będzie.

Zaleca się zatem niniejszym edyktem pozwanym, aby w wyżej oznaczonym czasie albo sami stanęli, lub też potrzebne dokumenta ustanowionemu dla nich zastępcy udzielił, lub wreszcie innego obrońcę sobie wybrali i o tem c. k. Sądowi del. miejski donieśli, w ogóle zaś, aby wszelkich możebnych do obrony środków prawnych użyli, w razie bowiem przeciwnym wynikłe z zaniedbania skutki sami sobie przypisaćby musieli.

Kraków dnia 27 marca 1866.

**Kundmachung.** (400. 2-3)

Am f. f. Gymnasium zu Marburg in Steiermark ist eine ordentliche Lehrerstelle, mit welcher eine systematische Besoldung jährlicher 840 fl. S. W. mit dem Rechte eventueller Vorrückung auf die höhere Gehaltsstufe jährlicher 945 fl. S. W. und dem Ansprüche auf Decennalzulagen verbunden ist, in Erledigung gekommen, und wird zur Wiederbesetzung derselben hiedurch der Concurs ausgeschrieben.

Zur Erlangung dieses Postens wird vor allem die Nachweisung der geforderten Lehrbefähigung zum Unterrichte in der lateinischen, griechischen und slovenischen Sprache in dem durch die Prüfungsvorschrift für Gymnasiallehranten, Candidaten § 5, 1 lit. e vorgezeichneten Umfange erforderlich.

Die Unterrichtssprache des Gymnasiums ist die deutsche. Bewerber um die genannte Lehrerstelle haben ihre nach Vorschrift des Organisations-Entwurfes §. 101, 3. belegten Gesuche längstens bis 20. Mai d. J. bei der f. f. Statthalterei für Steiermark unmitelbar, oder wenn sie bereits in einer öffentlichen Bedienstung stehen, durch Vermittlung ihrer vorgesetzten Behörde einzubringen.

Von der f. f. Statthalterei für Steiermark.

Graz, am 2. April 1866.

**Kundmachung.** (409. 1-3)

Mit Bezug auf den Erlaß der hohen f. f. Statthalterei-Commission vom 26. Juni 1865 3. 13773 wird hienüt zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß am 7. Mai 1866 und in den beiden nachfolgenden Tagen, Baupläge hierabits im Wege der öffentlichen Versteigerung mit der Bedingung verkauft werden, daß der Ersteher gehalten sein wird, den entsprechend genehmigten Bau binnen 3 Jahren auszuführen.

Das entfallende 10procentige Badium ist vor der Licitation baar zu erlegen. Dasselbe dürfte bei jedem Bauplatz die Summe pr. 50 fl. S. W. nicht übersteigen.

Die Licitationsbedingnisse sind jederzeit in der Podgórze'r Amtskanzlei einzusehen.

Vom Magistrat der f. freien Stadt

Podgórze, am 15. April 1866.

**Obwieszczenie.**

Odnosnie do rozporządzenia wysokić c. k. Komisji Namiestnictwa z dnia 26 czerwca 1865 l. 13773 podaje się do powszechnej wiadomości, iż dnia 7 maja 1866 i w następnych dwóch dniach sprzedawane będą przez publiczną licytację place miejskie pod budowlę zdolne z tym warunkiem, że kupiciel obowiązany będzie odpowiednią i zatwierdzoną budowlę w 3 latach wykonać.

Przypadające 10procentowe wadium ma być przed licytacją w gotówce złożone, które przy sprzedaży

każdego szczegółowego placu budowlanego kwotę 50 złr. w. a. przenosić nie będzie.

Warunki licytacji mogą być każdego czasu w kancelaryi magistratu licytacyjnej przejrane.

Z Magistratu kr. miasta.

Podgórze, dnia 15 kwietnia 1866.

**Edict.** (410. 1-3)

C. k. Sad powiatowy Mogilski podaje do wiadomości, iż w dniach 2 i 16 maja b. r. od godziny 10 rano, sprzedawane będą w dobrach Raciborowice i Bosutów, w drodze przymusowej przez publiczną licytację zaprzęgi, zboże, bydło, sprzęty gospodarskie i domowe, meble, budulec i t. p.

Spis rzeczy i warunki licytacji są do przejrzenia w registraturze sądowej.

Kraków, dnia 10 kwietnia 1866.

**Edict.** (411. 1-3)

Vom f. f. Landes- als Handelsgerichte wird über die von Carl Herrmann, protocollirten Handelsmann in Kraau gemachte Anzeige von der Einstellung seiner Zahlungen, über das sämtliche bewegliche und über das in jenen Kronländern, für welche das Gesetz vom 17. Dezember 1862 Nr. 97 R. G. Wirksamkeit hat, befindliche unbewegliche Vermögen desselben, das Ausgleichsverfahren eingeleitet, zur Vergleichnahme und Inventurung des Vermögens, dann zur Leitung des Ausgleichsverfahrens der f. f. Notar Hr. Goebel als Gerichtscommissär ernannt, mit dem Beifügen, daß der Zeitpunkt zur Anmeldung der Forderungen und die Vorladung zur Ausgleichsverhandlung selbst durch denselben insbesondere werde kundgemacht werden, daß es jedoch jedem Gläubiger freistehe, seine Forderungen mit der Rechtswirkung des § 15 des obigen Gesetzes förgleich anzumelden.

Kraau, am 17. April 1866.

**Edict.**

C. k. Sad krajowy jako Sad handlowy w Krakowie na doniesienie przez Karola Herrmanna, protokółowanego kupca w Krakowie o wstrzymaniu wypłaty, zarządza względem całego ruchomego i nieruchomego w Krakowie koronnych, dla których ustawa z dnia 17 grudnia 1862 nr. 97 dz. p. p. jest obowiązująca, znajdującego się majątku — postępowanie ugodne, mianuje zarazem c. k. notaryusza p. Goebela komisarzem sądowym do uskutecznienia zajęcia, sporządzenia inwentarza majątku, tudzież do przeprowadzenia postępowania ugodnego z tą uwagą, że tenże komisarz sądowy termin do zgłoszenia się wierzycieli i wezwanie do układu ugodnego oddzielnie ogłosi, że jednak każdemu wierzycielowi wolno jest z pretensjami swymi ze skutkiem § 15 powołanej ustawy zgłosić się bezwzględnie.

Kraków, 17 kwietnia 1866.

**Edict.** (403. 3)

Vom Tarnower f. f. Kreis-Gerichte wird mittelst gegenwärtigen Edictes bekannt gemacht, es habe Jakob Margulies gegen Waclaw Toczyński wegen 1200 fl. unterm 24. März 1866 3. 5445 eine Wechselflage angebracht und um richterliche Hilfe gebeten, worüber unterm heutigen Tage der Zahlungsauftrag erlassen wurde.

Da der Aufenthaltsort des Belangten Waclaw Toczyński unbekannt ist, so hat das f. f. Kreis-Gericht zu dessen Vertretung und auf dessen Gefahr und Kosten den hiesigen Hrn. Adv. Dr. Jarocki mit Substituierung des Hrn. Adv. Dr. Hoborski als Curator bestellt, mit welchem die angebrachte Rechtsache nach der für Galizien vorgeschriebenen Gerichtsordnung verhandelt werden wird.

Durch dieses Edict wird demnach der Belangte erinnert, zur rechten Zeit entweder selbst zu erscheinen, oder die erforderlichen Rechtsbeistände dem bestellten Vertreter mitzutheilen, oder auch einen anderen Sachwalter zu wählen und diesem f. f. Kreisgerichte anzuzeigen, überhaupt die zur Verteidigung dienlichen vorchriftsmäßigen Rechtsmittel zu ergreifen, indem er sich die aus deren Verabsäumung entstehenden Folgen selbst beizumessen haben wird.

Aus dem Rathe des f. f. Kreisgerichtes.

Tarnow, den 26. März 1866.

**Edict.** (402. 3)

Vom f. f. Tarnower Kreisgerichte wird dem, dem Wohnorte nach unbekannten Eßig Biedermann mittelst gegenwärtigen Edictes bekannt gemacht, es habe wider ihn Hr. Dr. Adam Morawski wegen Zahlung der Wechselsumme pr. 10800 fl. S. W. c. s. c. Klage de praes. 31. Mai 1865 3. 8000 angebracht und um richterliche Hilfe gebeten, demzufolge der Zahlungsauftrag dto. 1. Juni 1865 Nr. 8000 erlassen worden ist.

Da der Aufenthaltsort des Belangten Eßig Biedermann unbekannt ist, so hat das f. f. Kreisgericht zu seiner Vertretung und auf seine Gefahr und Kosten den hiesigen Advocaten Dr. Rosenberg mit Substituierung des Adv. Dr. Bandrowski als Curator bestellt, mit welchem die angebrachte Rechtsache nach der für Galizien vorgeschriebenen Gerichtsordnung verhandelt werden wird.

Durch dieses Edict wird demnach der Belangte erinnert, zur rechten Zeit entweder selbst zu erscheinen, oder die erforderlichen Rechtsbeistände dem bestellten Vertreter mitzutheilen, oder auch einen anderen Sachwalter zu wählen und diesem f. f. Kreisgerichte anzuzeigen, überhaupt die zur Verteidigung dienlichen vorchriftsmäßigen Rechtsmittel zu ergreifen, indem er sich die aus deren Verabsäumung entstehenden Folgen selbst beizumessen haben wird.

Aus dem Rathe des f. f. Kreisgerichtes.

Tarnow, 26. März 1866.

Nr. 3778, 3779, 3780, 3781 u. 3782.

**Edict.** (417. 1-3)

Vom Tarnower f. f. Kreisgerichte wird den vermeintlichen Erben des Anton Seaupéc mittelst gegenwärtigen Edictes bekannt gemacht, es habe wider die Nachlassmasse nach Anton Seaupéc der hiesige Getreide-Händler Marcin Goldsand unterm 27. Februar 1866 mehrere Klagen, u. z.: 3. 1764 wegen Uebergabe von 10 Kozes Erdäpfel oder Zahlung deren Werthes pr. 10 fl. f. R. G., 3. 1765 wegen Zahlung von 25 fl. f. R. G., 3. 1766 wegen Uebergabe von 45 Klafter Erlehenholz oder Zahlung deren Werthes pr. 175 fl. und wegen Zahlung von 35 fl. f. R. G., 3. 1767 wegen Zahlung von 30 fl. f. R. G., endlich 3. 1768 wegen Zahlung von 3 fl. 60 fr. f. R. G. Klagen angebracht und um richterliche Hilfe gebeten, worüber zufolge Beschlüssen vom 30. März 1866 3. 3778, 3779, 3780, 3781 und 3782 zum summarischen Verfahren die Tagatzung auf den 7. Juni 1866 bestimmt wurde.

Da die vermeintlichen Erben der geklagten Nachlassmasse unbekannt sind, so hat das Tarnower f. f. Kreisgericht zu deren Vertretung und auf deren Gefahr und Kosten den hiesigen Hrn. Landes-Adv. Dr. Kaczkowski mit Substituierung des Hrn. Landes-Adv. Dr. Hoborski als Curator bestellt, mit welchem die angebrachte Rechtsache nach der für Galizien vorgeschriebenen Gerichtsordnung verhandelt werden wird.

Durch dieses Edict werden demnach die vermeintlichen Erben erinnert, zur rechten Zeit entweder selbst zu erscheinen, oder die erforderlichen Rechtsbeistände dem bestellten Vertreter mitzutheilen, oder auch einen anderen Sachwalter zu wählen und diesem f. f. Kreisgerichte anzuzeigen, überhaupt die zur Verteidigung dienlichen vorchriftsmäßigen Rechtsmittel zu ergreifen, indem sie sich die aus deren Verabsäumung entstehenden Folgen selbst beizumessen haben werden.

Aus dem Rathe des f. f. Kreisgerichtes.

Tarnow, am 30. März 1866.

**Wiener Börse - Bericht**

vom 21. April.

**Öffentliche Schuld.**

A. Des Staates.	Geld Markt
zu Contr. W. zu 5% für 100 fl.	55.— 55.20
Aus dem National-Anlehen zu 5% für 100 fl.	61.50 61.75
mit Zinsen vom Jänner — Juli	60.40 61.60
Metalliques zu 5% für 100 fl.	58.25 58.50
ditto „ 4 1/2% für 100 fl.	52.30 52.50
mit Verlosung v. J. 1839 für 100 fl.	132.— 133.—
„ 1854 für 100 fl.	73.50 74.50
„ 1860 für 100 fl.	85.50 85.75
Prämien-Scheine vom Jahre 1864 zu 100 fl.	65.50 65.75
„ zu 50 fl.	— —
Somo - Renten-Scheine zu 42 L. austr.	15.— 15.50

**B. Der Kronländer.**

Grundentlastungs-Obligationen	
von Nieder-Oester. zu 5% für 100 fl.	78.— 78.—
von Mähren zu 5% für 100 fl.	78.— 78.—
von Schien zu 5% für 100 fl.	87.— 88.—
von Steiermark zu 5% für 100 fl.	82.— 84.—
von Tirol zu 5% für 100 fl.	95.— 98.—
von Kärnt. Krain u. Fria. zu 5% für 100 fl.	82.— 86.—
von Ungarn zu 5% für 100 fl.	62.— 62.75
von Temescher Banat zu 5% für 100 fl.	60.— 61.—
von Croatien und Slavonien zu 5% für 100 fl.	63.— 65.—
von Galizien zu 5% für 100 fl.	60.— 61.—
von Siebenbürgen zu 5% für 100 fl.	57.50 58.—
von Bukowina zu 5% für 100 fl.	59.50 60.50

**Actien (pr. St.)**

der Nationalbank	696.— 698.—
der Credit-Anstalt zu 200 fl. öst. W.	133.20 133.40
der Kaiserl. Oesterr. Bank zu 500 fl. ö. W.	547.— 550.—
der Kaiserl. Nordbahn zu 1000 fl. C.M.	1385.— 1390.—
der Oesterr. Eisenbahn-Gesellschaft zu 200 fl. C.M.	— —
oder 500 fr.	155.— 155.20
der vereinigten österr. lomb. ven. und Centr.-ital. Eisenbahn zu 200 fl. öst. W. oder 500 fr.	161.— 163.—
der Kaiserl. Elisabeth-Bahn zu 200 fl. C.M.	109.50 110.—
der Kaiserl. Carl Ludwig-Bahn zu 200 fl. C.M.	141.— 141.50
der Oesterr. Odenburger Eisenbahn-Ges. zu 200 fl. ö. W. in Silber (20 fl. St.) mit 3 1/2% Zins.	60.— 60.50
der priv. böhmischen Westbahn zu 200 fl. ö. W.	128.— 129.—
der Oesterr. Nordbahn zu 200 fl. C.M.	94.50 95.50
der Oesterr. Südbahn zu 200 fl. C.M. mit 140 fl. (70%) Zins.	147.— 147.—
der Oesterr. Donau-Dampfschiffahrt-Gesellschaft zu 500 fl. C.M.	436.— 438.—
des Oesterr. Lloyd in Triest zu 500 fl. C.M.	175.— 185.—
der Wiener Dampfschiff-Actien-Gesellschaft zu 500 fl. öst. W.	— —
der Oesterr. Reichs-Rentenbank zu 500 fl. C.M.	330.— 330.—

**Bankbrüche**

der Nationalbank 10jährig zu 5% für 100 fl.	104.50 105.—
auf C. M. verlosbar zu 5% für 100 fl.	84.50 84.75
auf österr. B. verlosbar zu 5% für 100 fl.	80.50 80.75
Galiz. Credit-Anstalt öst. W. zu 4% für 100 fl.	59.— 60.—

**Loose**

Donau-Dampfschiff-Gesellschaft zu 100 fl. C.M.	76.— 77.—
Erster Stadt-Anleihe zu 100 fl. C.M.	107.— 108.—
zu 50 fl. C.M.	46.— 47.—
Stadtgemeinde Ofen zu 40 fl. öst. W.	21.— 22.—
Österr. Lloyd zu 40 fl. C.M.	— —
Salz zu 40 fl.	24.— 25.—
Salz zu 40 fl.	20.— 21.—
Glory zu 40 fl.	20.— 21.—
St. Genois zu 40 fl.	20.— 21.—
Windischgrätz zu 20 fl.	14.— 15.—
Balbrunn zu 20 fl.	16.50 17.50
Kreuzfeld zu 10 fl.	13.— 13.50
R. f. Hofpitalfond zu 10 fl. österr. Währ.	10.50 11.—

**Wechsel.**

Bank (Platz) Sconto	
Augsburg, für 100 fl. südböhmischer Währ. 5%.	88.30 88.60
Frankfurt a. M., für 100 fl. südböhm. Währ. 4 1/2%.	88.50 88.75
Hamburg, für 100 fl. B. 6%.	78.— 78.20
London, für 10 fl. Sterl. 6%.	104.60 105.20
Paris, für 100 Francs 3 1/2%.	41.90 42.—

**Cours der Geldsorten.**

Durchschnitts-Cours	Rechter Cours
fl. fr. fl. fr.	fl. fr. fl. fr.
Kaiserliche Münz-Dukaten	5 02 — 5 02 5 03
vollw. Dukaten	5 02 — 5 02 5 03
Krone	— — — —
20 Francstücke	8 46 8 49 8 48 8 50
Russische Imperiale	— — — 8 67 8 70
Preussische Thaler	— — — 1 56 1 57
Silber	104 50 104 75